



Datum

21. November 2014

Gesundheitsminister Gröhe bekräftigt sein Nein zur organisierten Suizidbeihilfe

Erste Aufgabe von Politik und Gesellschaft müsse es sein, schwerstkranken und sterbenden Menschen Zuwendung und bestmögliche medizinische Versorgung und Schmerztherapie zur Verfügung stellen zu können, so Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe in einem Impulsreferat zum Thema "Ja zur palliativen Begleitung – Nein zur organisierten Suizidbeihilfe" vor der Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) am Freitag, dem 21. November 2014, in Bad Godesberg.

"Erst die Hilfe und erst die Begleitung von Sterbenden und deren Angehörigen, dann die normative Regelung", so Gröhe zu dem augenblicklichen Gesetzgebungsverfahren.

In der Debatte um die organisierte Suizidbeihilfe setze er sich für ein Verbot ein, weil man nur so der Lebensschutzorientierung des Grundgesetzes gerecht werde. Er warnte davor, in einem Gesetz Ausnahmen von dem Verbot zu definieren. Werde diese Tür einmal geöffnet, lasse sie sich nicht wieder schließen, betonte Gröhe.